faschistischen Diktatur durch ihre Brüning-Regierung im Reich, durch Severing in Preußen, durch den Koalitionssenat (8 SPD) in Hamburg, durch das Schieck-Kabinett in Sachsen.

Der Terror, und sei er noch so brutal und blutig, kann allein der Bourgeoisie in Deutschland nichts helfen. Zu breit ist die Masse der ausgepreßten, notleidenden Massen, zu tief ihre Erbitterung gegen das Häuflein Ausbeuter und ihre Regierungsdiktatur. Der Terror und die Ausbeutung müssen sich auf solche Parteien stützen, die bei einem größeren Teil der Werktätigen noch den Anschein der Volksfreundlichkeit unter ihren Mitgliedern und Anhängern haben, die in Wahrheit aber volksfeindlich sind, bürgerliche Parteien sind und als Lakaien der Bourgeoisklasse helfen Raubzug und Terror durchzuführen. Diese Parteien sind die NSDAP und die SPD.

Es ist und bleibt Tatsache, daß das Großkapital die Nazis fördert. Niemand wird sich dadurch irreführen lassen, daß jetzt etwa die Volkspartei in Thüringen Frick die parlamentarische Unterstützung zu entziehen beabsichtigt. Sie unterstützt noch wie vor die Franzen-Regierung in Braunschweig. Nach wie vor erhalten die Nazis Unmassen Geld aus großkapitalistischen Kreisen, nach wie vor werden ihre Aufmärsche geschützt, ihre skrupellosesten Anhänger, besonders in Sachsen, von den Unternehmern in die Betriebe eingestellt, um dort nicht nur zu spitzeln, sondern Zellen zu bilden, den Kampfbewegungen der Arbeiter entgegenzutreten, sie zu terrorisieren. Und vorgestern erst ermordeten die Nazis wieder einen Jungarbeiter in Ahlen.

Richtig ist, daß die Nazipartei jetzt die Reservearmee des Großkapitals und seiner Diktatur ist. Als Hauptstütze in den Massen hat das Finanzkapital die SPD herangezogen. Sie ist derzeit besser in der Lage, den Lohnraub, Sozialabbau, den Terror durchzuführen zu helfen. Und die Politik der SPD ist der schamloseste, unerhörteste Verrat an den sozialdemokratischen Arbeitern und an den Volksmassen. Die SPD stimmte trotz einer Mehrheit von KPD und SPD im Reichstag für die Ausschaltung des Reichstages, für die Vollermächtigung, für den Panzerkreuzer, für die Aufhebung der Immunität kommunistischer Abgeordneter, für jede Schandtat der Bourgeoisie, für jeden Schritt der Durchführung der faschistischen Diktatur. Sozialfaschismus wie er leibt und lebt!

Am niederträchtigsten verhalten sich die „linken" SPD-Führer. Ihre „Helden"rolle, die manche sozialdemokratische Arbeiter ihnen vor wenigen Tagen noch glaubten, schwindet rasch dahin. Von den 18 braucht man nicht mehr viel zu reden. Und die 9 sind inzwischen 8 geworden. „Ziegler, einer von ihnen, stimmte gestern sogar schon mit der Koalitionsmehrheit." Wie heißt es im Liede: „Neun kleine Negerlein ... nun sind es nur noch acht". Tatsächlich aber ist kein Negerlein mehr übrig geblieben. Beim KPD-Mißtrauensvotum gegen Brüning enthielten sich die 8 „linken" Helden gehorsam der Stimme. Sie stimmten nicht gegen die Regierung des Panzerkreuzers und der Durchführung der faschistischen Diktatur. Am krassesten tritt das Verhalten der „Linken" Herrschaften in Sachsen zutage. Vorgestern haben sie den Schieck-Landtag gerettet, die Schieck-Diktatur gebilligt, heute erkennt jeder Arbeiter an der Verhängung des kleinen Belagerungszustandes über Sachsen durch die Schieck-Diktatur, daß die Weckel und Edel es sind, die es ermöglichten. Das ist der „linke" Sozialfaschismus. Die Hetze gegen die UdSSR mit dem parallelen Zweck der Ablenkung der SPD-Arbeiter von den „linken" Schandtaten, die die „linken" SPD-Führer mit dem Auftreten Abramowitsch', des Schädlings und Konterrevolutionärs, in Dresden beabsichtigen, krönt das Bild.

Die neuen Ereignisse bedeuten Alarm für die Volksmassen. Die Antwort als Teil unserer Volksaktion muß sein: Sofortige Beschlüsse in allen Betrieben und Stempelstellen gegen Unternehmeroffensive und Terror. Formierung der roten Einheitsfront der Volksmassen! Abrechnung mit der menschenmörderischen Nazipartei und den fortgesetzten Verrätereien der Panzerkreuzer-SPD! Tausende von Versammlungen in allen Orten Sachsens! Massenzustrom zur RGO, zur KPD und Arbeiterstimme!

Die heute vorliegenden Kampfbeschlüsse der Eisenbahner sind ein guter Auftakt. Vorwärts! Wir sind das stärkere Heer!

Schädling Abramowitsch in Dresden

Heute veranstaltet die Dresdner SPD eine Kundgebung gegen die Entlarvung der sozialdemokratischen Konterrevolutionäre durch den Moskauer Menschewistenprozeß. Herr Abramowitsch hat dazu selbst sein Erscheinen zugesagt, um unter Polizei- und Rollkommandoschutz einen Reinwaschungsversuch für seine Partei und in eigener Sache zu machen.

Herr Abramowitsch hat es fertiggebracht, seine illegale Verschwörertätigkeit öffentlich abzuleugnen; er hat von dem „Recht des Angeklagten" Gebrauch gemacht und in Zeitungen und Telegrammen gelogen und seine Unschuld an den verbrecherischen Menschewistenplänen beteuert. Aber die Kronzeugen gegen ihn sind seine ehemaligen besten Funktionäre, die Gruppe der Menschewisten, die nicht flüchtete, als die Faust des revolutionären Proletariats nach der Macht griff, sondern die in jahrelanger Minierarbeit das Sowjetregime zu unterhöhlen versuchten, mit Abramowitsch' und des kapitalistischen Auslands und des Emigrantenpacks Hilfe.

Diese verzweifelten Sprünge der „demokratischen" Konterrevolution brachen jedoch zusammen, als das von ihnen bekämpfte Regime sich als fester und konsolidierter erwies als all die „großen" Mächte hinter ihnen. Als das ableugnende Telegramm Abramowitsch' in Moskau eintraf, sprang der dritte Menschewist Ikow auf und erklärte voller Empörung, angesichts solchen Betruges seines Führers sage er sich von der Menschewistenpartei los, der er seit mehr als einem Vierteljahrhundert angehörte. Menschewist Scher erklärte:

„Im Sommer 1928 kam Abramowitsch an und besuchte mich in meiner Wohnung. Er sah fast ebenso aus wie bei der letzten Begegnung im Jahre 1917. Als ich mich wunderte, wie wenig er gealtert ist, erklärte er mir, daß er sich ein wenig verjüngen mußte, um äußerlich den Angaben des falschen Passes zu entsprechen. Ich übernahm die Organisierung seiner Zusammenkunft mit anderen Genossen."

Diese Angaben bestätigte Ginsburg. Der Angeklagte Gromann, über den der Vorwärts begeisterte Lobeshymnen sang, sagte [illegible]

„Die [illegible] abgegebene Erklärung von Abramowitsch kann die von mir gemachte gegenteilige Aussage keineswegs erschüttern. Wir haben unseren klaren Menschenverstand nicht verloren. Ich befinde mich doch nicht in einer Irrenanstalt. Möge Abramowitsch noch hundertmal leugnen, es steht fest: Abramowitsch war 1928 in Moskau, er hat im Gespräch mit mir ausführlich die taktische Wendung der Sozialdemokratie zur Schädlingsarbeit und zur Unterstützung der Intervention besprochen."

Das alles will Abramowitsch leugnen? Nun, er hat Grund dazu. Die Arbeiter aber haben noch mehr Grund, diesen intriganten Konterrevolutionär als abgefeimten Lügner zu erkennen.

Was will Herr Abramowitsch überhaupt in Dresden? Etwa der gemeinen Rußlandhetze der Nazipresse antworten oder den Verleumdungen über die infame Lüge entgegentreten, es herrsche Zwangsarbeit in Rußland, Dumping-Politik gegenüber dem Weltmarkt, Mord und Totschlag unter den Arbeitern und Bauern? Will Abramowitsch etwa erklären: Ich bin nicht einverstanden mit dem Regime in der Sowjetunion — aber da es die Proletarier sind, die die Träger dieses Regimes darstellen, da dort der Faschismus keinen Boden hat, da dort den werktätigen Massen zwar nicht meine Bücher und die meines Freundes Kautsky als wertvollstes Gut gepriesen, immerhin aber alle vorhandenen Kulturgüter den arbeitenden Massen geboten werden und Karl Marx und seine Lehre die Pläne der Schulen und Lehranstalten beherrscht, da dies alles unleugbare Tatsachen sind, wende ich mich gegen jede Absicht, von außen und mit Hilfe der Kapitalisten die russischen Arbeiter und Bauern zu stören in ihrem Gesellschaftsaufbau ...?!

Lächerlich, dies von demselben Abramowitsch zu erwarten, der in steter Verbindung mit den sozialdemokratischen Agenten der kapitalistischen Regierungen organisatorisch und ideologisch die Vorbereitung des großen Interventionskrieges des Kapitals durchführt. Zur Unterstützung und Ergänzung der schamlosen Hetze gegen die Sowjetunion, zur Verwirrung der rußlandfreundlichen, ehrlichen Dresdner SPD-Arbeiter, die nichts von der Lügenhetze ihrer Presse wissen wollen, ist dieser Verräter hergekommen. Er soll erreichen, was die Volkszeitung, der Freiheitskampf, die Dresdner Neuesten Nachrichten noch nicht erreichen konnten und was die Führung der SPD unter allen Umständen erreichen will: Kriegsstimmung, Haß gegen den ersten Arbeiter- und Bauernstaat auch in die Reihen der Arbeiter!

Die rechten „Linken" von Dresden aber — sie holten ihn auch noch zum Zwecke der Ablenkung des Empörungssturmes der proletarischen Mitgliedschaft der SPD her. Sie wollen nicht diskutieren über ihre Lakaienrolle bei Brüning und Schieck, sie wollen nicht diskutieren über die Panzerkreuzerschande, über die Vollermächtigung Schiecks durch die SPD, sie wollen die Schande ihres eigenen Betruges und Verrates durch die Hetze des Betrügers und Verräters Abramowitsch verhüllen!

Dieses Spiel wird durchkreuzt werden durch die systematische Aufklärungskampagne der Kommunistischen Partei, deren Plakate in der vergangenen Woche Tausende lasen, über die bereits diskutierten und die manchem ehrlichen SPD-Proletarier und manchem werktätigen SPD-Wähler bereits die Augen geöffnet haben. Herrn Abramowitsch' Versuch, die Arbeiter aufzuhetzen gegen die Sowjets wird zusammenbrechen an dem Wall von Sympathie und Liebe der Arbeiterschaft zum roten Rußland, die die Massenbewegung der revolutionären Arbeiterschaft ausgelöst hat. Die arbeitenden Massen in Deutschland und in Sachsen lassen sich nicht mehr täuschen ... Sie sehen den gewaltigen Unterschied der beiden Herrschaftsformen: bürgerliche „Demokratie" mit faschistischer Krücke und 5 Millionen Arbeitslose in Deutschland — proletarische Diktatur und systematisches Steigern der Lebenshaltung und der Arbeitsmöglichkeiten der Massen in der Sowjetunion! An diesen Tatsachen wird die Hetze Abramowitsch' ebenso zerschellen wie die Stützung des kapitalistischen Regimes und seiner Regierungen durch rechte und „linke" SPD-Führer zusammenbrechen wird an dem ernsten und eindeutigen Willen der Kommunistischen Partei, den Kampf um die Herstellung einer breiten roten Einheitsfront gegen das Kapital und seine faschistische Diktatur, gegen alle offenen und verkappten Feinde bis zum siegreichen Ende zu führen.

Pinkertons in Dresdner Zigarettenfabriken

Aus zuverlässiger Quelle erfahren wir, daß in der Zigarettenfabrik Haus Bergmann ein abgebauter Kriminalkommissar Hempel als Betriebsspitzel eingestellt wurde. Wenn sich diese Einrichtung „bewährt", soll sie bei Jasmatzi, Bulgaria und den Reemtsma-Betrieben des Reiches gleichfalls eingeführt werden. Der reformistische Betriebsrat läßt diesen Pinkerton ruhig gewähren. Die Arbeiter und Arbeiterinnen fordern seine Entfernung. Organisiert den Kampf gegen die faschistischen Betriebsspitzel!

Frau Dr. Kienle in höchster Gefahr!

Stuttgart, 27. März. (Eig. Drahtmeldung)

Seit 7 Tagen ist nun die Aerztin Dr. Kienle im Hungerstreik und kämpft um ihre Haftentlassung. Als gestern der Verteidiger Dr. Apfel, der aus Berlin nach Stuttgart geeilt ist, im Auftrag des Berliner Kampfausschusses gegen den § 218 im Untersuchungsgefängnis besuchte, erlitt sie einen schweren Ohnmachtsanfall. Jede künstliche Ernährung will sie mit Selbstmord beantworten. Es ist aber vielleicht nur noch eine Frage von Stunden, daß die todesmutige Kämpferin gegen den Schandparagraphen 218 einen völligen körperlichen Zusammenbruch erleidet. Rechtsanwalt Dr. Apfel hat erneut einen Haftentlassungsantrag (der erste Antrag wurde mit der „Begründung" Fluchtverdacht abgelehnt!), begründet mit der dringenden Lebensgefahr, bei der Stuttgarter Staatsanwaltschaft eingereicht.

Die KPD für die Mieter Sachsens

Im Auftrag der KPD-Fraktion brachte Genosse Renner folgenden Antrag im Sächsischen Landtag ein:

Die sächsische Regierung hat unter dem 17. März 1931 eine Verordnung über weitere Lockerung der Wohnungszwangswirtschaft erlassen. Obwohl Sachsen laut statistischer Unterlagen an erster Stelle des Wohnungsmangels steht, geht die sächsische Regierung führend im Abbau des Mieterschutzes und der Wohnungszwangswirtschaft voran. Die Wohnungs-, Geschäfts- und Gewerberaummieter werden durch diese Verordnung der Willkür der Hausbesitzer restlos ausgeliefert.

Wir beantragen, der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu beauftragen, die Verordnung vom 17. März 1931 über Lockerung der Wohnungszwangswirtschaft mit sofortiger Wirkung aufzuheben.

Noske verbietet KPD-Blatt für 3 Wochen

Hannover, den 27. März. (Eigene Drahtmeldung.)

Wegen angeblicher Beleidigung des preußischen Ministerpräsidenten Braun und Herabsetzung der verfassungsmäßig festgelegten Staatsform im Reich und in Preußen, hat der Oberpräsident für die Provinz Hannover Noske die kommunistische Neue Arbeiterzeitung auf drei Wochen verboten. Lange hat man von Noske in der Oeffentlichkeit nichts gehört. Aber wenn er sich schon bemerkbar macht, dann durch eine Unterdrückungsmaßnahme gegen die revolutionäre Arbeiterschaft und durch eine Hilfsaktion für den Faschismus. Mit diesem Verbot soll in erster Linie die antifaschistische Mobilisierungsarbeit der auch für Braunschweig erscheinenden NAZ für das Volksbegehren der KPD gegen die nationalsozialistische Franzen-Regierung gestört und gehemmt werden.

Das Brot wird verschlechtert!

Die Liste der letzten Schandtaten der SPD-Fraktion

Auf das Betreiben der großen Brotfabriken hin hat der volkswirtschaftliche Ausschuß des Reichstages beschlossen, die Ausmahlungsquote von Roggenmehl von 60 auf 70 Prozent heraufzusetzen. Die Verordnung tritt 3 Wochen nach Verkündigung in Kraft, die für morgen erwartet wird. Die stärkere Ausmahlung bedeutet eine Verschlechterung des Brotes. Der Mehlpreis stellt sich bei 70 Prozent Ausmahlung um 2 Mark pro Doppelzentner billiger als bei 60 Prozent. Die Brotverschlechterung kommt also einer indirekten Brotpreissteigerung, und zwar für ein Vierpfundbrot um 4 Pfennig, gleich.

Es ist unmöglich, alle Verbrechen der Sozialdemokraten der letzten Tage auf einmal zu registrieren. Wir zeigen hier nur die schlimmsten Schandtaten auf, die sich die Brüning-Sozialisten am Mittwoch im Reichstag leisteten. Die Mittwochsitzung war ausgefüllt fast ausschließlich mit Abstimmungen.

Die Sozialdemokraten stimmten gegen den kommunistischen Antrag auf Aufhebung des Demonstrationsverbotes am 1. Mai.

Die Sozialdemokraten stimmten gegen den kommunistischen Antrag auf allgemeine Arbeitsruhe am 1. Mai, indem sie gemeinsam mit den Brüningschen Diktaturparteien die Ausschußüberweisung des Antrages beschlossen.

Die Sozialdemokraten begruben selbst ihren eigenen Antrag, den 11. August zum staatlichen Feiertag zu erheben, indem sie der Ausschußüberweisung zustimmten.

Die Sozialdemokraten stimmten in der Endabstimmung über den Wehretat der Brüning-Diktatur, diesem Etat der verschärften Waffenaufrüstung, in allen seinen Positionen zu.

Die Sozialdemokraten stimmten gegen den kommunistischen Antrag auf Aufhebung des § 218, indem sie gemeinsam mit dem Zentrum in namentlicher Abstimmung beschlossen, auch diesen Antrag im Ausschuß zu begraben.

Die Sozialdemokraten stimmten schließlich gegen die Aufhebung des Demonstrationsverbotes für den Reichsjugendtag und gegen die Aufhebung der Verbote kommunistischer Zeitungen.

Die Sozialdemokraten stimmten gegen die kommunistische Entschließung, die sich gegen den Abbau der Löhne bei den Reichsarbeitern wendet und eine 40stündige Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich verlangt.

Um das Verbrechen voll zu machen, stimmten dann die Sozialdemokraten für das Ermächtigungsgesetz für den Reichsfinanzminister Dietrich, während der Zeit, wo der Reichstag nicht tagt, eigenmächtig Abstriche am Etat vorzunehmen.

Die Sozialdemokraten stimmten gegen den kommunistischen Antrag, der von der Reichsregierung verlangt die sofortige Rückgängigmachung des Schenkervertrages, durch den 100 000 Speditionsangestellte zur Entlassung kommen sollen.

Angenommen wurden lediglich die kommunistischen Entschließungen auf Aufhebung der Konsumvereinssteuer und Aufhebung des Verbots über den Verkauf von Einzelzigaretten. Aber selbst diese bescheidenen Anträge wird die Regierung nicht durchführen, denn sie hat die Ermächtigung, zu machen was sie will.

Abonniert noch heute die „Arbeiterstimme"

Das Waffenlager in Flöha

Plumpe Hetze der bürgerlichen Journaille

Nach polizeilichen Meldungen wurde in Flöha bei Chemnitz in einer Geflügelfarm ein Waffenlager entdeckt. Es enthielt ein leichtes Maschinengewehr, viele Militärgewehre, eine Handgranate und 150 Schuß Infanteriemunition. Die bürgerliche Presse behauptet, daß der Inhaber der Geflügelfarm Mitglied der Roten Hilfe sei und spricht von einem Waffenlager der KPD. Diese Hetze verrät nur zu deutlich die Absicht der bürgerlichen Journaille, von den fortgesetzten Mordtaten und Waffenentdeckungen der nationalsozialistischen Mörder abzulenken.

Naphthafünfjahrplan in zweieinhalb Jahren erfüllt

Steigende Fleischversorgung in der Sowjetunion

Die Prawda vom 22. März teilt mit, daß nun auch im zweiten Naphtatrust der Sowjetunion in [illegible] im Rayon [illegible] der Fünfjahrplan bereits in zweieinhalb Jahren erfüllt wurde.

Die Iswestija vom 22. März teilen mit, daß in Leningrad und Moskau [illegible] Waggons mit Fleisch aus Kasakstan angekommen sind. Da zur geregelten Versorgung nur 120–150 Waggons täglich notwendig sind, ist für die nächste Zeit eine gute Reserve vorhanden. Selbstverständlich wird das Fleisch zur Versorgung der Arbeiterschaft vorrätig gehalten.